

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Bodo Ramelow

Thüringer Ministerpräsident

Rede

Regierungserklärung zum Thüringen-Monitor 2017

„Thüringens ambivalente Mitte:

Soziale Lagen und politische Einstellungen“

Donnerstag, 2. November 2017

Thüringer Landtag, Plenarsaal

Anrede,

der Thüringen-Monitor hat sich als sehr fundierte, prominente und hochgeschätzte Langzeitstudie etabliert. Dies wird nicht zuletzt daran deutlich, dass seine Ergebnisse im herausgehobenen Rahmen einer Regierungserklärung debattiert werden.

Ich möchte Herrn Professor Dr. Best, seinem Team und der Friedrich-Schiller-Universität Jena meinen herzlichen Dank für ihre wissenschaftlich hervorragende Arbeit aussprechen. Ihre Arbeit ist für die Landesregierung von großem Wert. Ich denke, ich darf Ihnen diesen Dank im Namen der überwältigenden Mehrheit dieses Hauses entrichten.

Der Thüringen-Monitor könnte und sollte meines Erachtens durchaus auch Vorbild sein für die gesamte Republik. Denn die Vergewisserung über die Stimmung der Bürgerinnen und Bürger – ihre Hoffnungen wie ihre Ängste – sollte für alle politischen Akteure zu den Pflichtaufgaben gehören.

Es ist die Aufgabe der Wissenschaft, klare Befunde zu liefern. Hochwertig, nüchtern, präzise. Auch und gerade wenn die Ergebnisse unseren Wünschen widersprechen.

Aufgabe der Politik

Es ist Aufgabe der Politik, Aufgabe dieser Landesregierung und damit auch meine Pflicht als Ministerpräsident, diese Befunde einzuordnen, zu deuten, die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen und sie in politisches Handeln zu übersetzen.

Wir alle wissen oder sollten es zumindest: Es gibt nicht immer die eine gültige Erklärung und den einen Königsweg, aber es gibt das Ringen um größtmögliche Annäherung an die Wirklichkeit und um Lösungen. Über beides – Bestandsaufnahme wie Lösungsansätze – kann und soll diskutiert und gestritten werden, natürlich auch hier im Landtag. Dafür wurden wir gewählt und darauf haben die Bürgerinnen und Bürger Thüringens einen berechtigten Anspruch.

Politische Mitte und ambivalente Einstellungen

Der Thüringen-Monitor 2017 lässt sich durch zwei Begriffe beschreiben: „politische Mitte“ und „Ambivalenz“.

Lassen sie mich kurz auf den Begriff der politischen Mitte eingehen, die ja immer mal wieder auf Parteien und Politiker eine geradezu magnetische Anziehungskraft auszuüben scheint. Und nicht nur auf sie: Auch viele der Befragten, so stellte der Thüringen-Monitor bereits 2016 fest, ordnen sich selber ungeachtet ihrer zum Teil rechtsextremen Ansichten politisch der Mitte zu. Der Begriff der Mitte ist also sehr unbestimmt und kann deshalb zu ganz unterschiedlichen Zwecken genutzt werden. Ich werde zu einem späteren Zeitpunkt auf dieses Problem zurückkommen.

Was heißt eigentlich Mitte?

Die Definition der gesellschaftlichen Mitte ist ein ebenso ambitioniertes wie spannendes Unterfangen. Die Autoren des Thüringen-Monitors haben sich für einen facettenreichen Mitte-Begriff entschieden, der objektive Kriterien – wie Einkommen und Status – wie auch subjektive Einstellungen zusammen denkt. Und, in diesem Zusammenhang nicht unwichtig, sie berücksichtigen den spezifischen, historisch gewachsenen, ostdeutschen Kontext des Begriffs. Mit dem bemerkenswerten Ergebnis, dass die soziale Ungleichheit in Ostdeutschland faktisch geringer ist als im Westen, dafür aber ostdeutsch sozialisierte Bürger Gerechtigkeitsdefizite deutlich schärfer wahrnehmen als Westdeutsche.

Spannende Ambivalenzen

Blicken wir auf die erfragten und gemessenen politischen Einstellungen der Thüringerinnen und Thüringer, so finden wir bemerkenswerte und spannende Ambivalenzen:

- Über 90% aller Befragten und sogar vier Fünftel der Personen mit niedrigem Einkommen sind mit ihrem Lebensstandard zufrieden. Zugleich aber fühlen sich 53% vergleichsweise benachteiligt.

- 65% der Befragten sind mit der Demokratie zufrieden, nur knapp die Hälfte war es 2015. Zugleich vertreten konstant 69% die Ansicht, dass „in unserer Demokratie die Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten werden“.
- Zwei Fünftel der Befragten meinen, dass der Kapitalismus beseitigt werden muss, um soziale Gerechtigkeit herzustellen. Andererseits vertraut mit 57% eine große Mehrheit der Thüringer „voll und ganz“ oder „weitgehend“ der Thüringer Unternehmerschaft.

Dieser Befund stellt die Politik vor große Herausforderungen. Wo sich Optimismus und Skepsis, Resignation und Hoffnung, positive Entwicklung und Stagnation in ein und demselben Personenkreis oftmals nahezu gleichwertig wiederfinden, müssen wir sorgfältige Ursachenforschung betreiben und zugleich der Versuchung widerstehen, uns jeweils nur solche Aspekte herauszugreifen, die uns in unseren Positionen bestätigen. Für mich als Ministerpräsident ist es besonders Besorgnis erregend, wenn die Menschen fürchten, dass es ihren Kindern schlechter gehen wird als ihnen selbst. Wir werden mit großer Kraft daran arbeiten, diese Furcht zu reduzieren, indem wir die Gründe dafür bekämpfen.

Wir können stolz sein auf das Erreichte und wir sollten ehrlich die Bereiche definieren, in denen Handlungsbedarf besteht, auch und gerade dort, wo wir unseren eigenen Ansprüchen noch nicht genügen.

Wirtschaftliche Situation und persönliches Befinden

Thüringen geht es gut. Die Wirtschaft wächst und mit ihr Beschäftigung.

Zahlen können spannend sein. Lassen Sie mich also einige Daten nennen, die diese These unterstreichen:

In den Jahren von 2010 bis 2016 ist die Thüringer Wirtschaft um 26,2 % gewachsen. Das Wachstum lag damit um 5 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter. Da lohnt durchaus ein vergleichender Blick auf die anderen ostdeutschen Länder und den Bundesschnitt. Im Vergleich zu 2010 verzeichnen wir 2016 bei den Einkommen einen Anstieg in Thüringen von 19,6 %. Damit liegen wir vor den anderen ostdeutschen Flächenländern und deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 14,2%.

Die Arbeitslosenquote liegt aktuell bei 5,7 % und Thüringen damit auf Platz 6 aller Bundesländer. Der Bundesdurchschnitt beträgt im Vergleich dazu 5,5 % und der Durchschnitt der ostdeutschen Länder 7,1 %.

Auch im ersten Halbjahr 2017 dürfen wir uns über weiteres Wachstum freuen. Die Industrieumsätze stiegen in Thüringen um 4,2 %, deutschlandweit um 5,3 % und in Ostdeutschland um 2,9 %. Ferner kann mit 7,8 % eine überdurchschnittliche

Entwicklung bei Auslandsumsätzen und eine leichte Beschäftigungszunahme verzeichnet werden.

Mit der Zunahme sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse geht einher eine deutliche Verringerung der Zahl derer, die auf Hartz IV angewiesen sind. In den letzten fünf Jahren ist ihre Zahl um 29.000 zurückgegangen. Natürlich, die absolute Zahl ist immer noch viel zu hoch, aber die Tendenz gibt Anlass zu vorsichtigem Optimismus.

Thüringen hat, gemessen an den Ausgangsbedingungen Anfang der neunziger Jahre, einen großen Sprung nach vorne gemacht und hat viele Gründe, stolz auf das Erreichte zu sein. Der Erfolg hat viele Väter und Mütter. Im Bereich der Politik, genauso wie in der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Kultur, dem Sport. Ich nenne stellvertretend Bernhard Vogel, Lothar Späth, Prof. Gabriele Beibst, Lutz Seiler, Kathi Wilhelm. Sie alle haben, jeweils auf ihrem Gebiet, wichtige Beiträge für den Aufbau und das Ansehen unseres Freistaates geleistet.

Ich möchte an dieser Stelle auch die Gelegenheit nutzen, den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, den Angestellten und Beamten, für ihre Leistung zu danken. Eine funktionierende Verwaltung und gute öffentliche Dienstleistungen sind nach wie vor Pfeiler unseres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolges.

Erfolgsgeschichten

Hinter den Zahlen stehen Geschichten. Sie zeugen von Beharrlichkeit, Erfindungsreichtum, Fleiß und Kreativität. Sie begegnen mir vielfach, wenn ich unser Land bereise.

Lassen Sie mich stellvertretend einige Beispiele nennen.

Die Bauer Bauunternehmen GmbH in Walschleben wurde am 05.11.1990 mit 20 Mitarbeitern und mit Schwerpunkten im Tiefbau gegründet. Inzwischen hat sich das Unternehmen zur Bauer Gruppe entwickelt mit über 250 Mitarbeitern. Dabei wurde besonderes Augenmerk auf die Gewinnung und Qualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gelegt. So erhielt das Unternehmen diverse Preise, wie

- das Zertifikat „Ausgezeichnete Nachwuchsförderung“ der Agentur für Arbeit
- den Zukunftspreis der Handwerkskammer Erfurt in der Kategorie „Fachkräftegewinnung“
- Verleihung „Hervorragender Ausbildungsbetrieb“
- Verleihung „Bester Ausbildungsbetrieb“

Inhaberin ist Frau Colette Boos-John, die als Tochter des Firmengründers Achim Bauer seit 1997 mit der Geschäftsführung betraut ist. Frau Boos-John engagiert sich in zahlreichen Ehrenämtern, u.a. bei der IHK Erfurt und auch als Mentorin für junge Gründerinnen. Sie selbst erhielt am 17.09.2012 den Preis als „Unternehmerin des

Jahres 2012 im Landkreis Sömmerda“ des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft (BVMW).

Die KUMATEC Sondermaschinen und Kunststoffverarbeitung GmbH in Neuhaus-Schierschnitz wurde 1991 gegründet und ist seitdem Partner für die Automobilzulieferindustrie, die Elektrotechnik-, Konsumgüter-, Solar- und die Baustoffindustrie. Neben dem Sondermaschinenbau fertigt KUMATEC im Kundenauftrag komplexe Hybrid- und Mechatronikbaugruppen auf speziell von KUMATEC erstellten Montage- und Prüfanlagen im eigenen Haus. Das dritte Geschäftsfeld ist die Produktentwicklung im Kundenauftrag und die Entwicklung eigener Produkte im GreenTec-Bereich, auch in Zusammenarbeit mit Forschungsinstituten und Universitäten an diversen Entwicklungsprojekten. Dazu zählt nicht zuletzt die Arbeit an Wasserstoff als Energiequelle und Fahrzeugantrieb. Zum Unternehmen gehören inzwischen 85 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die drei Gründer und Gesellschafter bearbeiten insbesondere auch internationale Märkte. Die kontinuierliche Arbeit an der technischen wie strategischen Weiterentwicklung des Unternehmens führte u. a. 2016 zum Gewinn des IQ INNOVATIONSPREISES MITTELDEUTSCHLAND.

Im Rahmen meiner diesjährigen Sommertour habe ich die Firma **VACOM Komponenten & Messtechnik GmbH** in Großlöbichau besucht.

Das Familienunternehmen VACOM Vakuum Komponenten & Messtechnik GmbH gehört seit über 25 Jahren mit derzeit etwa 200 Mitarbeitern zu den führenden europäischen Anbietern für Vakuumtechnik. Die Geschäftsführerin Dr. Ute Bergner, eine gelernte Physikerin, die 1992 den Schritt zur Unternehmerin wagte, wurde mit dem „ERNST-ABBE-PREIS FÜR INNOVATIVES UNTERNEHMERTUM“ ausgezeichnet.

Im Forschungszentrum des Unternehmens arbeiten über 20 Wissenschaftler und technische Mitarbeiter. Den Wissenschaftlern und technischen Mitarbeitern stehen in mit modernster Messtechnik ausgestatteten Laboren, leistungsfähige Computertechnik für Simulationen und Reinräume zur Verfügung. Seit 1993 ist VACOM Ausbildungs-betrieb. Seitdem haben rund 50 Lehrlinge ihre Ausbildung erfolgreich abgeschlossen - die Mehrzahl gehört heute zum VACOM-Team. Zurzeit werden über 30 Jugendliche bei VACOM in neun kaufmännischen und technischen Berufen ausgebildet.

VACOM setzt sich auch in der Region insbesondere für die Förderung des wissenschaftlich-technischen Nachwuchses ein: Bereits seit 1996 ist VACOM ein Hauptsponsor der Mathematikolympiade in Jena. Studenten der FH und der Universität Jena werden u. a. durch die Betreuung von Praktika, Diplom- und Bachelorarbeiten gefördert.

Was mich besonders beeindruckt hat:

Seit 2014 gibt es eine betriebseigene Kinderbetreuung, mit deren Gründung VACOM neue Wege zur Ermöglichung einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie geht. Sie steht den Kindern aller Mitarbeiter offen und praktiziert einen ganzheitlichen Betreuungs- und Bildungsansatz, der Natur, Technik, soziale Kompetenzen und Gesundheit miteinander verbindet.

Diese Beispiele – und die Liste ließe sich ohne Mühe fortsetzen – zeigen die Fähigkeit und den Willen der Menschen in unserem Freistaat, aus wenig oder nichts etwas Neues zu machen und sich nicht unterkriegen zu lassen.

Westen des Ostens

Ich habe es an anderer Stelle bereits gesagt und wiederhole es hier gerne: Wir sind die Nummer eins unter den ostdeutschen Ländern, wir sind der Westen des Ostens.

Ich füge noch hinzu: Es ist nicht verboten hin und wieder aus dem Westen mal Richtung Osten zu schauen und die Leistung der Menschen zu würdigen oder sich an der Erfolgsgeschichte hier und da ein Beispiel zu nehmen. Auch das wäre ein Beitrag zur politischen Kultur.

Und auch der Blick in die Zukunft darf uns optimistisch stimmen:

Mitte Oktober zum Beispiel hat Zeiss eine 300 Mio. Euro-Investition in den Standort Jena angekündigt.

Die Mubea Fahrwerksfedern GmbH Weißensee und die EVER Pharma Jena GmbH planen Investitionen von jeweils mehr als 100 Mio. Euro, die Aeropharm Rudolstadt GmbH wird 60 Mio. Euro investieren.

Im Dezember geht die neue superschnelle Bahnverbindung Erfurt-München ans Netz. Wir konnten den Bund überzeugen, erhebliche Mittel in Höhe von insgesamt 250 Mio. Euro für die Mitte-Deutschland-Verbindung einzustellen, so dass unmittelbar mit den Planungen für den Ausbau begonnen werden kann.

Ja, wir sind der Westen des Ostens. Mit dieser Formulierung wird allerdings zugleich ein Problem anschaulich, das wesentliche Befunde des Thüringen-Monitors verständlich macht. Der positive Abstand, also unser Vorsprung zu den anderen ostdeutschen Ländern, markiert zugleich den immer noch vorhandenen Rückstand zum Westen der Republik.

Das dahinter liegende Problem wird anschaulich und greifbar, wenn wir etwa nach Sonneberg schauen. Bei einer Arbeitslosenquote von lediglich 3,9% sprechen die volkswirtschaftlichen Lehrbücher von Vollbeschäftigung. Chapeau. Schaut man ins nur wenige Kilometer entfernte Bayern werden aber auch die Unterschiede im Lohnniveau sichtbar.

Der Vergleich Ost zu West geht im Durchschnitt immer noch deutlich zu Ungunsten des Ostens aus.

Eindeutige Indikatoren:

So liegt das Lohnniveau bei uns in Thüringen immer noch deutlich unter dem Bundesdurchschnitt, z.T. sogar um ein Drittel niedriger als bei den westdeutschen Spitzenreitern. Viele derer, die auf ihre Rente schauen, fragen sich, wie sie damit über die Runden kommen sollen und stellen ungläubig fest, dass vergleichbare Lebensarbeitsleistungen sehr unterschiedlich bewertet werden.

Große Unternehmen eröffnen Zweigwerke in Thüringen, schaffen – und ich sage dankenswerterweise – Arbeitsplätze, führen aber vielfach ihre Steuern in ihren Stammsitzen in anderen Bundesländern oder im Ausland ab. Einnahmen, die hier für Infrastrukturmaßnahmen und Bildung fehlen.

Hinzu kommen speziell ostdeutsche Erfahrungen, die viele Menschen in der Nachwendezeit machen konnten oder mussten.

Ostdeutsche Transformationsprozesse der letzten 25 Jahre.

Bei der Betrachtung des Thüringen-Monitors und seiner Ergebnisse darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die Entwicklung Thüringens von enormen Umbrüchen geprägt war.

Gerade die 90er Jahre waren für viele Menschen in Thüringen gekennzeichnet von dramatischen Wandlungsprozessen. Tausende Menschen verloren ihren Arbeitsplatz, und Tausende Thüringerinnen und Thüringer verließen das Land, um sich woanders eine neue Existenz aufzubauen. Damit einher ging ein Abbau an sozialer und kultureller Infrastruktur. All das haben viele Menschen hier im Land immer noch im Kopf und präsent vor Augen. Es sind die Kinder, die gegangen sind und es sind die Enkel, die nur noch sehr selten vorbeikommen.

Das Versprechen von blühenden Landschaften, das sich für viele nicht so schnell einstellte, ist noch heute im Gedächtnis, genau wie die Erfahrungen von heftigen Auseinandersetzungen, beispielhaft etwa der Kampf der Kalikumpel von Bischofferode.

Ja, wir können heute – ein Vierteljahrhundert später – konstatieren: Das Tal ist durchschritten, heute geht es nun eher darum, wie wir Menschen nach Thüringen holen. Aber es ist eben auch Fakt: Viele Thüringerinnen und Thüringer haben Ängste, dass sie den erworbenen Wohlstand vielleicht auch wieder verlieren könnten oder dass sie im Alter aufgrund gebrochener Erwerbsbiografien keine auskömmlichen Renten haben werden. Thüringen und seine Menschen haben den

gewaltigen Transformationsprozess in unserem Land seit 1990 gemeinsam geschafft. Auch darauf können wir stolz sein.

Aber noch immer sind spezifische ostdeutsche Themen nicht gelöst: Noch immer werden DDR-Geschiedene oder Frauen, die als mithelfende Ehefrauen gearbeitet haben, bei der Rente benachteiligt

Und wir, vor allem aber die Beschäftigten in Thüringen, haben auch aktuell mit Rückschlägen und Herausforderungen zu kämpfen. Die Entwicklung bei Coca Cola besorgt mich sehr – ebenso wie die Nachrichten über die Pläne der Siemens-Konzernleitung und ihre Auswirkungen auf den Erfurter Standort oder auch die bestehenden Unsicherheiten über die weitere Entwicklung bei OPEL und seinen Zulieferern. Wirtschaftsminister Tiefensee und ich werden alles uns Mögliche tun, um Standorte und Arbeitsplätze zu erhalten.

Zentraler Begriff im Thüringen-Monitor: Ostdeprivation

Die Erfahrungen der großen gesellschaftlichen Umbrüche, der gespürte und real fassbare negative Abstand zu westdeutschen Einkommens- und Lebensverhältnissen haben, so lautet eine zentrale Schlussfolgerung, zu einem manifesten Gefühl vieler Ostdeutscher geführt, „Bürger 2. Klasse“ zu sein. Die Wissenschaftler haben dafür den Begriff der „Ostdeprivation“.

Dieses Phänomen erhält dadurch Brisanz, weil es möglicherweise auch einen Erklärungsansatz liefert für Rechtsextremismus, Neo-Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit – also jene schmerzvollen Erfahrungen, die uns als Demokraten seit Jahren besorgen.

Umgekehrt – und das sollte unser Handeln leiten – sagen uns die Wissenschaftler des Thüringen-Monitors, könne ein Zurückdrängen der Ostdeprivation einen gewichtigen Risikofaktor für die politische Kultur unseres Freistaates mindern.

Dabei sollte auch ein weiterer Gedanke Eingang in unser Denken und Handeln finden: Die Ankunft der vielen Flüchtlinge im Jahre 2015 hat uns aus humanitären Gründen vor die Notwendigkeit gestellt, schnell Hilfe zu leisten. Wir mussten Unterkünfte finden, Integrationsmaßnahmen organisieren und vieles anderes mehr. Das hat Geld gekostet – ich darf daran erinnern, dass wir den Haushaltsansatz 2016 für Integrationsleistungen auf knapp 470 Mio. Euro erhöhen mussten.

Das alles, zudem untersetzt durch Bilder der endlosen Schlangen von Einreisewilligen, hatte und hat natürlich auch Auswirkungen auf das Denken vieler Bürgerinnen und Bürger im Lande. Das Gefühl „für uns tut ihr nichts, für die Flüchtlinge aber alles“ war und ist manifest vorhanden.

Diese Einstellung erscheint mir in der Sache nicht begründet. Ein Land wie Thüringen mit über 2 Mio. Einwohnern kann die Ankunft von 30.000 Flüchtlingen verkraften. Ja, selbstverständlich hat die Aufnahme der Menschen in größter Not Geld gekostet und wird weiterhin Geld kosten. Es hat aber auch Arbeit geschaffen. Die notwendigen Unterkünfte etwa mussten geschaffen werden und die Menschen, die zu uns kamen, auf dem Weg in unsere Gesellschaft begleitet werden, etwa durch Sprachunterricht.

Wir wären aber eine andere und mit Sicherheit keine den christlichen und humanen Werten verhaftete Gesellschaft, wenn wir die Hilfe von Bedürftigen einer reinen Wirtschaftlichkeitsanalyse unterziehen würden. Davon abgesehen bin ich davon überzeugt, dass die hier Aufgenommenen unsere Gesellschaft kulturell und wirtschaftlich bereichern können und werden.

Zwischen 1945 und 1949 kamen etwa 800.000 Flüchtlinge ins heutige Thüringen. Sie haben unser Land damals verändert, aber eben auch belebt. Gemeinsam mit den Thüringerinnen und Thüringern haben sie unser Land nach dem Zweiten Weltkrieg wieder aufgebaut und die Vielfalt der Menschen, die zu uns gekommen sind, haben unser Land bunt und stark gemacht.

Auch diese Menschen waren nicht allen willkommen, wurden diskriminiert und ausgegrenzt, aber ihre Integration ist gelungen, wie wohl die Zugewanderten aus Schlesien oder Pommern noch heute ihre Kultur pflegen.

Aktuell bleibt festzuhalten: Keine einzige sozialpolitische Maßnahme wurde zugunsten der hilfebedürftigen Flüchtlinge aufgegeben oder verschoben. Und wir stellen als Landesregierung bewusst in unserem Entwurf des Doppelhaushalts 2018/2019 viel Geld für Zukunftsinvestitionen bereit. Die vorgesehenen Investitionsquoten von 14,5% in 2018 und 14,1% in 2019 liegen deutlich über dem Wert von 13 % aus dem Jahr 2014.

Gleichwohl müssen wir konstatieren. Die Bürgerinnen und Bürger fordern Antworten von uns.

Damit keine Missverständnisse entstehen: Unrecht bleibt Unrecht, aber es rechtfertigt in keinem Fall Hass und Gewalt. Nicht gegenüber Minderheiten und Anderslebenden. Nicht gegenüber Schutzsuchenden aus anderen Ländern, nicht gegenüber denen, die bei uns ausgestoßen oder an den Rand gedrängt sind. Niemals!

Wer pöbelt, prügelt, Gewalt predigt oder ausübt, wird auf unseren entschiedenen Widerstand stoßen. Die demokratischen Grundwerte Toleranz, Sicherheit und Humanität sind nicht verhandelbar.

Das gilt auch und besonders für alle, die mit solchen Stimmungen ihr politisches Geschäft machen.

Aber wir stehen auch in der politischen Pflicht, Antworten zu geben, kluge Wege aufzuzeigen, um Gerechtigkeitslücken zu schließen und den Menschen Sicherheit zu geben.

Niemanden alleine lassen

Ich sage Ihnen meine Antwort. Die Landesregierung ist für alle Menschen, die in Thüringen leben, da. Die hier Geborenen haben den Anspruch auf soziale Sicherheit und Zukunftsinvestitionen in Bildungs- und Wirtschaftsinfrastruktur genau wie die Geflüchteten auf Hilfe und Integration. Wer sich die demografischen Daten anschaut weiß, wir brauchen unabhängig von Flüchtlingen geordnete und gezielte Zuwanderung, weiß, dass eine gelungene Integration unser Land stärker macht und die Lebensverhältnisse für alle verbessert. Alle, die hier leben, haben Anspruch auf vernünftige Arbeit, Gesundheitsversorgung, Wohnung und Bildung, kurz auf soziale Sicherheit. Das Klima der Zuwanderung und Integration wird aber darüber entscheiden, ob die neu zu uns kommenden Menschen sich gut in Thüringen auf- und angenommen fühlen.

Diese Landesregierung will und wird niemanden im Abseits stehen lassen.

Und darin wollen und werden wir erkennbar anders sein als die Rechtspopulisten, die den Menschen einreden wollen, dass allein oder zumindest in erster Linie die Flüchtlinge Schuld seien an allen gefühlten wie erlebten Benachteiligungen und es allen besser gehen würde, wären die Fremden nur weg. Das ist so falsch wie demagogisch.

Exkurs: Ambivalentes Verhältnis zur Demokratie, Wahlerfolge der AfD, Beitrag der AfD zu zunehmender Demokratiezufriedenheit

Deshalb – auch weil der Rechtspopulismus, seine Erklärung oder Möglichkeiten, ihm zu begegnen, zentraler Bestandteil jedes Thüringen-Monitors sind – lassen Sie mich einige Worte zu den letzten Wahlergebnissen und den damit verbundenen Herausforderungen für eine demokratische Politik sagen.

Ja, auch das sagt uns der Thüringen-Monitor. Die signifikant gestiegene Zufriedenheit der Befragten mit der Institution Demokratie geht einher mit großer

Kritik an abgehoben agierenden politischen Eliten und dem zunehmenden Ruf nach einer starken Partei, die die „Volksgemeinschaft“ insgesamt stärkt.

Ich habe zu Beginn davon gesprochen, dass manche Befunde des Thüringen-Monitors schmerzen. Dazu gehört z.B. die Abwertung von Langzeitarbeitslosen. Fast 60% der Befragten stimmen der Auffassung zu, dass sich die meisten Langzeitarbeitslosen auf Kosten der anderen ein schönes Leben machen.

Genauso besorgen uns Begrifflichkeiten wie Volksgemeinschaft, aber wir müssen uns damit auseinandersetzen, weil wir unangenehme Fragen nicht dadurch aus der Welt schaffen, dass wir sie ignorieren.

Die AfD gibt einer Stimmung parteipolitischen Ausdruck, die in unserem Land seit Beginn der Untersuchungen des Thüringen-Monitors feststellbar und konstant geblieben ist. Knapp zwanzig Prozent der Bevölkerung haben eine Affinität zu Einstellungen, die bisher im rechtsextremen Parteienspektrum verankert waren. Das war vor dem Auftritt der AfD auf der politischen Bühne nicht anders. Solche Parteien wurden aber nicht in dem Maße oder dauerhaft gewählt. Gleichwohl waren auch früher schon Parteien wie Republikaner, NPD oder auch die DVU in deutschen Landesparlamenten vertreten aber eben noch nie im Deutschen Bundestag.

Geändert aber hat sich seitdem die politische Verortung des Parteienspektrums.

Zudem hat der Drang der CDU zur Mitte rechts neben ihr eine politische Leerstelle gelassen, derer sich die AfD angenommen hat. Ultrakonservative, sehr weit rechts angesiedelte Einstellungen waren im Parteienspektrum über viele Jahre nicht repräsentiert und fanden ein neues Zuhause bei einer Partei, deren einziger politischer Zweck inzwischen darin zu bestehen scheint, Wut alltagstauglich zu machen und gegen Minderheiten zu kehren. Die AfD kultiviert das Dagegen-Sein, Lösungsvorschläge würden da nur stören.

Auch der Rechtsextremismus hat eine neue politische Adresse gefunden, aber die AfD hat auch viele frühere Nichtwähler mobilisiert.

Ich bin der festen Überzeugung: Wer ja sagt zur Demokratie, muss auch diese höhere Wahlbeteiligung begrüßen, auch wenn er in politischem Gegensatz zu deren Profiteuren steht.

Das Spektrum der im Bundestag vertretenen Parteien ist breiter geworden und das sollten wir nicht bedauern, sondern vielmehr nach neuen politischen Gestaltungsmöglichkeiten suchen. Deshalb sage ich: Jamaika kann auch eine Chance darstellen, wenn es denn gelingt, neue Lösungsansätze für die uns umtreibenden politischen Fragen zu finden. Die Thüringer Landesregierung jedenfalls

wird aktiv die Zusammenarbeit mit der neuen Bundesregierung, welcher Ausprägung auch immer, suchen.

Nur, und das ist mein dringlicher Appell an die Sondierer in Berlin: Spielt nicht auf Zeit, die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch auf zügige Verhandlungen. Alles andere nutzt nur den Populisten und sogenannten Wutbürgern.

Apropos: Ich bin davon überzeugt, dass das AfD-Bundestagswahlergebnis auch für die AfD neue Herausforderungen mit sich bringt. Ihre Wähler werden sich auf Dauer mit einer bloßen Antipolitik nicht zufriedengeben, und wir sollten der AfD durch ritualisierte Ausgrenzung das Leben nicht zu einfach machen.

Es mag ja sein, dass die AfD und große Teile von ihr, ihr politisches Lebensziel darin sehen, die etablierten demokratischen Parteien zu bekämpfen, aber diese Landesregierung kämpft nicht gegen die AfD, sondern für die Beseitigung von Kinder- und Altersarmut und für eine stabile Zukunft des Freistaats. Wer immer uns dabei unterstützen kann, ist willkommen.

Alle politischen Kräfte sind gefordert, ganz wesentlich auch die neue Bundesregierung

Alle mitzunehmen auf dem Weg zu größerer Sicherheit und der Angleichung von Lebensverhältnissen, fordert alle politischen Kräfte. Die von mir geführte Landesregierung natürlich – aber auch die Bundespolitik.

Wir erleben gerade auf der Bundesebene die Sondierungsphase für eine neue Bundesregierung. Wir haben ganz klare Erwartungen und Forderungen an die künftige Bundesregierung:

- Die Angleichung der Lebensverhältnisse muss weiter ein erklärtes Ziel mit zu untersetzenden politischen Maßnahmen sein.
- Das gilt nicht zuletzt für die Rentenangleichung und Schließen der Rentenlücken und die Beseitigung von Rentenungerechtigkeiten.
- Dazu gehören auch zusätzliche Behördenstandorte in Ostdeutschland.
- eine höhere Zahl von Ansiedelungen von Wissenschaft als Keimzelle künftigen wirtschaftlichen Erfolgs
- die Förderung der ostdeutschen Hochschulen
- die Entlastung bzw. Unterstützung der Länder bei den Baukosten für Bundesfernstraßen, bei der Schulbauförderung, beim Digitalpakt Schule, beim Qualitätsausbau unserer Kitas, bei spezifischen ostdeutschen Problemen/Belastung durch das Anspruchs- und Anwartschaftüberführungsgesetz (AAÜG) oder die Thüringer Belastung durch umweltpolitische Altlasten, sowie die Entlastung bei Energiekosten.
- und, nicht zuletzt: Die Förderung strukturschwacher Regionen mit Bundes- und EU-Mitteln muss langfristig fortgeführt werden. Ostdeutschland darf nicht die Quittung für den BREXIT präsentiert werden.

Wir werden da nicht locker lassen und wenn nötig auch Bündnisse unter den Ländern schmieden. So wie es im vergangenen Jahr bei der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen erfolgreich gelungen ist.

Ich habe – das sage ich gerne – in den zurückliegenden Jahren gut und vertrauensvoll mit den Ministerpräsidenten der anderen ostdeutschen Länder zusammengearbeitet. Da, wo es im Interesse des Ostens war, sind wir – ungeachtet der politischen Differenzen in Einzelfragen – über Parteigrenzen hinweg zusammen aufgetreten, und ich werde diese bewährte Praxis auch fortsetzen. Diese Landesregierung wird im Bundesrat und bei den Treffen der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) ihre Vorschläge einbringen.

Die Landesregierung macht ihre Hausaufgaben

Unsere Anstrengungen gegenüber dem Bund sollen und werden unsere eigenen politischen Initiativen in Thüringen nicht ersetzen, aber sinnvoll begleiten und unterstützen.

Wir haben in Thüringen viel auf den Weg gebracht und wir bleiben in den zentralen Politikfeldern weiter am Ball.

Arbeit und Beschäftigung

Arbeit und Beschäftigung sind Grundpfeiler für eine sozial gerechte Gesellschaft. Wir sind da auf einem hoffnungsfroh stimmenden Weg. Thüringen hat sich in den letzten Jahren zu einem hervorragenden Ausbildungs- und Beschäftigungsstandort entwickelt.

Schauen wir uns die Entwicklung der Arbeitslosigkeit seit dem Regierungsantritt von Rot-Rot-Grün an: sie ist seitdem um insgesamt 22 Prozent zurückgegangen. Die Langzeitarbeitslosigkeit und die Arbeitslosigkeit bei Älteren liegen sogar um jeweils 27 Prozent niedriger.

Doch wir sind damit nicht zufrieden. Uns sorgt die Zahl der rund 23.000 Langzeitarbeitslosen, also derjenigen, die zumeist schon über 2 Jahre und oft deutlich länger arbeitslos sind. Wir wissen um die zum Teil gravierenden regionalen

Unterschiede auf dem Arbeitsmarkt: Während in einigen Regionen in Südthüringen zum Beispiel nahezu Vollbeschäftigung herrscht, liegt die Arbeitslosenquote in Gera derzeit über 9 Prozent, im Kyffhäuserkreis über bei 7,6 Prozent.

Die Landesregierung hat es sich deshalb zur Aufgabe gemacht, darauf zu achten, dass keine Region von der insgesamt positiven Entwicklung abgekoppelt wird.

Und wir reden nicht nur, wir handeln.

ÖGB – Öffentlich geförderte Beschäftigung und gemeinwohlorientierte Arbeit

Mit unserem Landesprogramm „Öffentlich geförderte Beschäftigung und gemeinwohlorientierte Arbeit“ haben wir gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit erfolgreich neue Wege beschritten.

Wir geben mit diesem Instrument den langzeitarbeitslosen Menschen eine Chance zur beruflichen und sozialen Integration, die ohne dieses Angebot einer gemeinwohlorientierten Arbeit absehbar keine Möglichkeit zur Erwerbsarbeit haben.

Auf diese Weise konnten 800 Arbeitsplätze entstehen. Und diese Arbeitsplätze helfen im Übrigen nicht nur den Betroffenen, sondern tragen auch vor Ort in den Kommunen zur Verbesserung des Gemeinwohls bei.

Wir wollen diesen Ansatz ausbauen. Die aktuelle Evaluation des Programms hat gezeigt, dass es sich lohnt, Arbeit anstatt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Was wir dringend brauchen, ist eine entsprechende gesetzliche Regelung auf Bundesebene. Wir werden uns bei der neuen Bundesregierung deutlich vernehmbar dafür stark machen.

Es geht hier nicht um Ideologie, es geht schlicht um Vernunft. Es ist in jeder Hinsicht besser, in Arbeit statt in Arbeitslosigkeit zu investieren.

„Gute Arbeit“ in Thüringen – Atypische Beschäftigung, Entlohnung Tarifbindung

Neben der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit kümmern wir uns um die Stärkung „guter“ Arbeit. Denn viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind in sogenannten atypischen Beschäftigungsverhältnissen. Sie haben befristete Verträge, arbeiten in Leiharbeit oder in Minijobs oder erzwungen flexibel. Diese Jobs sind oft auch „prekär“ - schlecht entlohnt und wenig planbar. Sie sind damit im Übrigen auch familienunfreundlich.

Dies führt bei den Betroffenen verständlicherweise zu Frust und Verärgerung. Sie hören Erfolgszahlen vom Arbeitsmarkt, haben aber selbst nicht wirklich was davon.

Hier haben wir insgesamt dringenden Nachholbedarf: Wir brauchen neben der quantitativen Verbesserung unseres Arbeitsmarktes auch eine deutliche qualitative Verbesserung. Gute Arbeit und existenzsichernde, auskömmliche Löhne, die dann auch eine auskömmliche Rente ermöglichen, sind das Gebot.

Armutsbekämpfung und Armutsprävention

Aber es geht nicht allein darum, was wir alles machen. Ebenso wichtig ist die Frage, **wie** wir Politik gestalten. Wir wollen nicht lediglich gute Programme für die Betroffenen aufsetzen, sondern sie mit ihnen gemeinsam erarbeiten.

Wir greifen damit eine der zentralen Aussagen des Thüringen-Monitors auf und füllen sie mit Leben. Dort heißt es: „Hier sehen wir durchaus Chancen, durch gute Regierungstätigkeit und erweiterte Partizipationsmöglichkeiten die Grundlagen einer offenen Demokratie zu stärken“.

Lassen Sie mich am Beispiel der Armutsbekämpfung erläutern, was Partizipation heißt.

Die Furcht vor Armut gehört zu den Grundängsten der Menschen. Zur materiellen Not kommt vielfach das Gefühl, ausgegrenzt zu sein, nicht dazu zu gehören. Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf, dass ihre Sorgen und Ängste ernst genommen werden und dass jede und jeder Einzelne die Möglichkeit hat, selbstbewusst das Gemeinwesen mitzugestalten. Die Bürgerinnen und Bürger müssen erleben, dass man nicht machtlos ist, sondern weit über Wahlvorgänge hinaus Einfluss nehmen kann und soll. Einfluss nehmen auf die Organisation des Zusammenlebens – und damit nicht zuletzt auf die eigene soziale Lage.

Erfolgreiche Armutsbekämpfung und Armutsprävention als ein roter Faden des Koalitionsvertrags sind Voraussetzung für eine starke und stabile Demokratie. Dies beinhaltet die materielle Absicherung insbesondere durch gute Arbeit mit existenzsichernden, möglichst tariflich vereinbarten Einkommen und Arbeitsbedingungen ebenso wie eine armutsfeste Rente, die ein Leben in Würde ohne Einbrüche des erworbenen Lebensstandards ermöglicht.

Eine wesentliche Schlussfolgerung, die ich aus dem Thüringen-Monitor ziehe, lautet: Wir müssen als politische Akteure in der Landes- und in der Kommunalpolitik den direkten Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern verstärken und dabei neue Wege gehen.

Wir müssen mehr als bisher die Menschen dabei mit- und ernstnehmen. Dabei immer wieder: Dialog, Rückkoppelung, Vergewisserung und wo notwendig auch Neujustierung.

Und genau das wollen wir tun.

Vom Kindergarten über die Schulen, die Jugend- und Gemeinschaftseinrichtungen hinein in die Dörfer und Stadtteile – überall sollten wir für mehr und ernsthafte Teilhabe über die gesetzlich verankerte Gremienarbeit der Parlamente hinaus sorgen.

Einen Königsweg wird es dafür nicht geben. Aber wir sind bereits auf gutem Wege. Lassen Sie mich dafür ein Beispiel benennen.

Im Koalitionsvertrag ist das Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ für familienunterstützende Leistungen in den Kommunen mit einer Fördersumme von 10 Millionen Euro verankert.

Bereits seine Grundlagen wurden in einem bisher nie gekannten Entwicklungsprozess mit ca. 120 Vertreterinnen und Vertretern aus Kommunen, Vereinen, Verbänden, freien Trägern – also von Expertinnen und Experten der Thüringer Familienpolitik – erarbeitet.

Die familienpolitische Förderung des Landes wird finanziell mehr als verdoppelt und die Entscheidungsprozesse werden dorthin verlagert, wo sie hingehören: Zu den Bürgerinnen und Bürgern, in die Landkreise und kreisfreien Städte, in die Wohnsitzgemeinden.

Wir wollen mit diesem neuen Programm die Rahmenbedingungen für Familien verbessern, gesellschaftliche Teilhabe im umfassenden Sinne Generationen übergreifend ermöglichen, die Lebensqualität in ländlichen Räumen attraktiver machen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken und damit zur Fachkräftesicherung beitragen und ein Altern in Würde im gewohnten Lebensumfeld ermöglichen.

Starke Wirtschaft, verantwortungsvolle Unternehmen

Ich hatte es eingangs schon erwähnt. Fast 60% der befragten Thüringerinnen und Thüringer bringen laut Monitor der Unternehmerschaft eine hohe Meinung und hohe Wertschätzung entgegen. Das ist ein starker Wert, insbesondere wenn man weiß, dass gut zwei Fünftel der Befragten meinen, Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit sei die Beseitigung des Kapitalismus.

Ich schließe mich den Komplimenten an die Thüringer Unternehmerinnen und Unternehmer gerne und aus Überzeugung an. Wir haben in Thüringen viele leistungsfähige Firmen, die einen großen Beitrag zur wachsenden Prosperität unseres Landes beitragen.

Und wir sorgen für gute Rahmenbedingungen. Dabei leben wir auch hier den Ansatz der Partizipation im Regierungshandeln, sei es bei der Erarbeitung der Digitalstrategie, der Novellierung des Hochschulgesetzes und vielem mehr.

Breitbandausbau

Ganz oben auf der Agenda steht der Breitbandausbau, gleichermaßen wichtig für Unternehmen und Bürger.

Mit dem Entwurf des Doppelhaushaltes stocken wir die Mittel für die Breitbandinitiative massiv auf. Von 4,4 Mio. Euro in diesem Jahr auf über 21 Mio. in 2018 und weitere knapp 12 Mio. in 2019. Hinzukommen umfangreiche Bundesmittel.

Wer Anschluss halten will im digitalen Zeitalter, braucht schnelle Internetverbindungen und ich freue mich, dass viele Regionen in unserem Land mit Unterstützung des Wirtschaftsministeriums bereits erfolgreiche Anträge auf Bundesförderung gestellt haben.

Auch hier setze ich auf weitere Unterstützung durch die künftige Bundesregierung. Die Ministerpräsidentenkonferenz hat in ihrer Oktobersitzung gerade noch einmal nachdrücklich festgestellt, dass die künftige Bundesregierung hierfür erhebliche Mittel bereitstellen muss – eher im zweistelligen als im einstelligen Milliarden-Bereich.

Chancenland Thüringen

Thüringen ist ein Chancenland, die Landesregierung sieht es als vordringliche Aufgabe, den Technologie- und Wirtschaftsstandort auszubauen, bei der Anbahnung internationaler Kontakte zu helfen und Unternehmen gute Standortbedingungen zu liefern.

Ich erlebe auf meinen Auslandsreisen ein großes Interesse an Thüringen. Ebenso wie eine hohe Achtung für das, was unser Land seit der Wende geleistet hat. Es ist schon ein deutliches Zeichen der Wertschätzung, wenn die Chefetage von Boeing die Thüringer Delegation empfängt und sich viel Zeit für Gespräche nimmt. Und ich war beeindruckt davon, wie akribisch sich dieser Weltkonzern auf unser Meeting vorbereitet hatte, mit welcher Detailkenntnis über Kooperationsmöglichkeiten mit Thüringer Unternehmen und Investition in unserem Land gesprochen wurde.

Thüringen ist eine gute Adresse für internationale Unternehmen, die hier investieren wollen. Genau wie für Menschen, die hier ihr berufliches und persönliches Glück machen wollen.

Dazu gehört auch, dass diese Landesregierung Unternehmen, die nachhaltig und zukunftssicher sind, unterstützt. So werden bis 2020 mit einem Gesamtvolumen von fast 60 Mio. Euro aus EU- und Landesmitteln im Rahmen des Programms „GREEN Invest“ Energieeffizienzmaßnahmen und innovative Demonstrationsvorhaben zur Nutzung erneuerbarer Energien in Thüringer Unternehmen gefördert. Neben der Förderung der Energieeffizienz in Unternehmen ist auch die Unterstützung von Greentech-Innovationen möglich. Ein, wie ich finde beispielhafter Weg, ökonomische, ökologische und soziale Fragestellungen produktiv zusammenzubringen.

Die Zukunft unseres Landes hängt nicht zuletzt davon ab, ob es uns gelingt, Fachkräfte nach Thüringen zu holen.

Thüringen braucht Fachkräfte

Es ist kein Geheimnis: Die vergleichsweise gute wirtschaftliche Situation in Thüringen und die entsprechend steigende Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften führen in Verbindung mit den bereits spürbaren demografischen Auswirkungen zu deutlichen Fachkräftengpässen.

So werden beispielsweise in der Metallindustrie, im Hotel- und Gaststättenbereich, in verschiedenen Handwerksbereichen und der Sozialwirtschaft – hier insbesondere in den Pflegeberufen – verstärkt Fachkräfte gesucht.

Nach der derzeit vorliegenden Fachkräfteprognose muss Thüringen – ohne Berücksichtigung der Zuwanderungszahlen – allein bis 2025 rund 210.000 Fach- und Arbeitskräfte altersbedingt ersetzen. Wächst die Wirtschaft weiter, brauchen wir zusätzlich 70.000 Arbeitskräfte, davon mehr als 40.000 im Sozial- und Gesundheitswesen.

Vor diesem Hintergrund ist die Fachkräftesicherung eine Schlüsselaufgabe im Freistaat. Es ist zudem eine Gemeinschaftsaufgabe. Deshalb wurde unter Federführung des Thüringer Arbeitsministeriums mit allen relevanten Akteuren, also Wirtschaftsministerium, Bildungsministerium, Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit, DGB, Verband der Wirtschaft, Kammern und LIGA der freien Wohlfahrtsverbände, im März 2016 eine **neue Thüringer Allianz für Berufsbildung und Fachkräfteentwicklung** vereinbart. Die Allianzpartner verfolgen dabei gemeinsam zwei grundlegende Zielstellungen:

Zum einen geht es um die bessere Nutzung des vorhandenen Arbeitskräftepotenzials, zum anderen sollen neue Potenziale erschlossen werden.

Hierzu zählt insbesondere auch die Arbeitsmarktintegration von Migrantinnen und Migranten und der zu uns gekommenen Asylsuchenden.

Exkurs: Integration zum Vorteil Thüringens

Thüringen braucht Zuwanderung. Wer davor die Augen verschließt, versündigt sich an der Zukunft unseres Landes. Wer Zuwanderung verhindern will, indem er Deutsche gegen ausländische Mitbürger auszuspielen versucht, handelt grob verantwortungslos.

Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache.

Beispiel Ausbildung:

Wir haben anders als noch vor zehn Jahren mehr Ausbildungsplätze als Auszubildende. Unsere Betriebe stehen vor dem Problem, freie Stellen nicht besetzen zu können und suchen händeringend nach Bewerbern.

Da ist es gut, dass zunehmend ausländische Jugendliche ihre Ausbildung in Thüringen machen.

Im Dezember 2016 lag ihre Zahl bei fast 1.200, das sind 338 mehr als 2015 – ein Anstieg von fast 40 Prozent. Aber wir müssen uns auch die Relationen vor Augen halten: Gerade mal rund 4 Prozent aller Auszubildenden im Land haben einen ausländischen Pass. Will da ernsthaft jemand über Verdrängung der thüringischen Jugendlichen bei der Ausbildungsstellensuche sprechen?

Das Gegenteil ist richtig. Wir brauchen mehr ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Thüringen, nicht weniger.

Deshalb fördern wir zum Beispiel aus dem Landesprogramm „Arbeit für Thüringen“ zahlreiche Projekte, mit denen die Arbeits- und Ausbildungsintegration von geflüchteten Menschen hier in Thüringen unterstützt wird. Das ist gut investiertes Geld, da Integration am besten über Beschäftigung oder Ausbildung funktioniert. Zumeist sind relativ junge und motivierte Menschen gekommen, die hier Asyl suchen.

Und eine Frage noch an alle, denen es mit den Abschiebungen nicht schnell genug und radikal genug gehen kann und die mit aller Kraft Einwanderung verhindern wollen: Wer soll uns eigentlich pflegen, wenn wir im Alter Hilfe brauchen?

Standortfaktoren

Ja, wir brauchen Fachkräfte und wir wollen Menschen nach Thüringen holen. Die Entscheidung für einen neuen Lebensmittelpunkt hängt von vielen Faktoren ab.

Neben individuellen Einkommens- und Aufstiegschancen spielen zunehmend auch sogenannte weiche Standortfaktoren eine wichtige Rolle.

Finde ich bezahlbaren und passenden Wohnraum?
 Gibt es schnelle und attraktive Verkehrsverbindungen?
 Gibt es ausreichend gute Kita-Plätze, gute Schulen und Universitäten?
 Eine unkomplizierte und qualitativ hochwertige ärztliche Versorgung?
 Attraktive Einkaufsmöglichkeiten?
 Finde ich ansprechende Naherholungsgebiete und eine intakte Natur?
 Nicht zuletzt, wie steht es mit Freizeitangeboten und Kultur?

Wir wissen, dass diese Faktoren in einer zunehmend stärker werdenden Konkurrenz der Länder um Fachkräfte an Bedeutung gewinnen werden.

Das Ringen der Länder um Lehrerinnen und Lehrer zeigt das deutlich. Wir haben bei der Besoldung der Regelschullehrer in gemeinsamen Gesprächen mit den Gewerkschaften mit einer Zulage ordentlich draufgesattelt und mit der Rückkehr zur Verbeamtung von Lehrerinnen und Lehrern sowohl für junge Berufseinsteiger, als auch für etablierte Pädagoginnen und Pädagogen gute Rahmenbedingungen geschaffen. Mit flexiblen Einstellungskorridoren und einer in 2018/19 erneut aufgestockten Vertretungsreserve verbessern wir zudem die Personalsituation an den Schulen, das entlastet die Kolleginnen und Kollegen. Klar ist aber auch: Steuerkraft und Schuldenpakt aber auch finanzpolitische Vernunft schränken unsere Optionen deutlich ein.

Trotzdem müssen wir uns nicht verstecken. Wir müssen und werden unsere Stärken weiter ausbauen.

Bildung

Ganz oben steht das Thema Bildung. Bildung fängt schon in der Kita an. Ab dem kommenden Jahr werden Eltern für das Vorschuljahr keine Gebühren mehr bezahlen müssen. Davon profitieren jährlich rund 18.000 Thüringer Kinder und ihre Eltern. Mit dem beitragsfreien Kita-Jahr werden Eltern pro Kind um durchschnittlich 1.440 Euro entlastet. Alle Familien und gerade auch Durchschnittsverdiener haben diese Entlastung verdient. Knapp 1.500 Euro sind für einen Normalverdienerhaushalt eine Menge Geld.

In den laufenden Haushaltsberatungen haben die Koalitionsfraktionen sich zudem darauf verständigt, den Betreuungsschlüssel zu verbessern und die dafür notwendigen erheblichen Mittel bereit zu stellen.

Wir werden für weitere Verbesserungen streiten. Aber wir können selbstbewusst sagen, mit diesen Entscheidungen haben wir einen großen Schritt nach vorn gemacht.

In den vergangenen Jahren wies Thüringen einen hervorragenden Abiturdurchschnitt auf, der den Erfolg des Thüringer Bildungssystems spiegelt und den Schülerinnen und Schülern sehr gute Berufs- und Studienmöglichkeiten eröffnet. Das ist kein Grund, die Hände in den Schoß zu legen, aber man darf es schon noch erwähnen und auf das Erreichte ein wenig stolz sein.

Gerade weil wir unser sehr gutes Ranking halten wollen, habe ich im vergangenen Jahr die Kommission „Zukunft Schule“ einberufen, die im Juni 2017 ihre Empfehlungen vorgelegt hat. Sie sind ein wichtiger Beitrag zur nachhaltigen Stärkung des Bildungslandes Thüringen. Aus den Empfehlungen der Kommission „Zukunft Schule“ und den Ergebnissen des Werkstattprozesses sowie weiterer struktureller Überlegungen werden Vorschläge erarbeitet, die in einen Thüringer Plan „Zukunft Schule“ einfließen sollen.

Es bleibt Ziel dieser Landesregierung, die Rahmenbedingungen für eine Thüringer Unterrichtsgarantie zu schaffen. Um dies zu erreichen, suchen wir die Zusammenarbeit mit allen Akteuren der Bildungspolitik – mit Lehrerverbänden, Gewerkschaften, Personalräten und Elternvertretungen. Die Aufgabe ist groß und sie fordert von allen Verantwortlichen die Bereitschaft zu Reform und zum Kompromiss.

Bildungsminister Holter wird für Thüringen im kommenden Jahr den Vorsitz in der Kultusministerkonferenz übernehmen. Mit den gesetzten Schwerpunktthemen Demokratieerziehung und Demokratiebildung wird sich der Freistaat für die Stärkung und Weiterentwicklung dieser Themenbereiche auch bundesweit besonders einsetzen.

Und wir werden den Bund an sein Versprechen erinnern, den Ländern 5 Mrd. Euro für den Digitalpakt Schule bereit zu stellen.

Wenn die Bundesrepublik weiterhin den Anspruch hat, international ein hervorragendes Bildungssystem zu haben, müssen wir das Zeitalter der Computer-Kabinette auf Basis von Windows XP überwinden. Auch an den Schulen muss das digitale 21. Jahrhundert beginnen.

Auf die in unserem Entwurf des Doppelhaushaltes angelegten Investitionsanstrengungen habe ich bereits hingewiesen. Aber:

Die Digitalisierung der Bildung und der Schulen kann kein Bundesland allein stemmen, hierfür braucht es die finanzielle Unterstützung des Bundes.

Da wünsche ich mir die Unterstützung der Thüringer Bundestagsabgeordneten und ich denke, jenseits aller Unterschiede in anderen Fragen sollten wir uns in diesem Ziel einig sein.

Ich sage auch, Land und Kommunen und den Schulen ist es gelungen, auf die Herausforderung der Flüchtlingszuwanderung zu reagieren. Die rot-rot-grüne Koalition trug bereits im Jahr 2015 dafür Sorge, dass zusätzlich zu den bereits vorhandenen Lehrerinnen und Lehrern für Deutsch als Zweitsprache weitere Lehrkräfte befristet eingestellt wurden. Diese Lehrkräfte entfristen wir nun und geben

ihnen eine dauerhafte Beschäftigung an den Thüringer Schulen. Über 95 Prozent der befristet eingestellten Deutsch-als-Zweitsprache-Lehrerinnen und -Lehrer haben ein solches unbefristetes Beschäftigungsangebot erhalten.

Gute Bildung für alle in Thüringen ist ein wichtiger Beitrag für gelingende Integration, zur Eröffnung von Berufschancen, zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, zum Sachverhalts- und Demokratieverständnis.

Sie ist nicht zuletzt, eines der wichtigsten - wenn nicht das wichtigste - Instrument im Kampf gegen Rechtsextremismus und Fremdenhass.

Wer klug ist, auch das lehrt uns der Thüringen-Monitor eindringlich, fällt auf die Propaganda der Vereinfacher nicht so leicht herein.

Bildung ist auch ein Schlüssel, um Armut überwinden zu können. Es muss wieder die Hoffnung geweckt und befördert werden, dass Bildung eine wichtige Voraussetzung dafür ist, ein sozial abgesichertes Leben führen zu können. Wir brauchen gute Bildungsangebote für das praktische Leben, die weitere Förderung der dualen Ausbildung in Handwerk und Industrie und nicht zuletzt gut ausgestattete Universitäten und Fachhochschulen für unseren akademischen Nachwuchs.

Gute Hochschulen

Um erfolgreich zu sein, brauchen wir exzellente Hochschulen und eine leistungsfähige Forschung, denn die entwickelt die Ideen für morgen und legt die Grundlagen für wirtschaftliche Erfolge und Wirtschaftswachstum und erhöhen die Attraktivität unseres Landes.

Wir haben da schon jetzt einiges vorzuweisen.

Schon heute kommen über 40 Prozent der Studierenden aus den „alten“ Bundesländern nach Thüringen. Wenn uns gelingt, sie hier zu halten, können wir die Bedarfe der Thüringer Wirtschaft für Hochqualifizierte bedienen.

Verkehr und Infrastruktur

Für Unternehmer wie Fachkräfte gleichermaßen wichtig sind die Infrastruktur und insbesondere die Verkehrsverbindungen.

Thüringen liegt in der Mitte unseres Landes und Europas. Ein großer Standortvorteil, den wir nutzen. Im Dezember wird die ICE Trasse Berlin-München in Betrieb genommen. Sie macht Erfurt zu Deutschlands best-erreichbarem Tagungs- und Kongressort. Das wird Arbeitsplätze generieren und unseren Freistaat auch touristisch aufwerten. Ich höre von sehr vielen Leuten, die einmal in Thüringen waren und dieses Land kennen und lieben gelernt haben, dass sie wiederkommen wollen. Andere überlegen, ihren Lebens- und Arbeitsmittelpunkt hierher zu verlegen.

Die Elektrifizierung der Mitte-Deutschland-Verbindung ist ein weiteres zentrales Anliegen, das diese Landesregierung auf den Weg gebracht hat. Die Verhandlungen mit dem Bund waren erfolgreich, die Planungen werden zügig beginnen.

Und wir schaffen die netztechnischen Voraussetzungen für einen schnellen und taktreichen Regionalverkehr innerhalb der Thüringer Städtekette.

Das alles steigert Lebensqualität, das alles macht Thüringen noch attraktiver.

Kultur

Thüringen ist ein Kulturland, Kunst und Kultur nehmen in Thüringen eine herausragende Stellung ein. Unsere Kulturpolitik soll allen Thüringerinnen und Thüringern zu Gute kommen. 70 % der Einwohner unseres Landes leben im ländlichen Raum. Ihn wollen wir stärken. Dafür stehen die Umsetzung der Theaterperspektive 2025, die ein Angebot in allen Landesteilen sichert, die gerade veröffentlichte Museumsperspektive 2025, die sich mit der Situation und Weiterentwicklung von über 225 Museen, ob im Dorf oder in einer Stadt gelegen, befasst. Auf dieser Basis nehmen wir die einzelnen Regionen in den kommenden Jahren gezielter in den Blick. Dafür stehen auch die bereits seit 2013 auf den Weg gebrachten Kulturentwicklungskonzeptionen für den ländlichen Raum, die wir mit vier Landkreisen gerade umsetzen. Wir fördern Festivals und kulturelle Projekte in allen Landesteilen.

Die Förderung und Unterstützung der Rahmenbedingungen für Kultur und Kunst sind für den Freistaat eine seiner wichtigsten Aufgaben. Doch dies ist kein Selbstzweck. Neben der Identifikation der Bürger mit ihrer Region haben Kultur und Kunst eine vielfältige wirtschaftliche Wirkung. Die Erhaltung der Kulturdenkmale, die kulturellen Veranstaltungen und die touristische Anziehungskraft der Kultur und Kunst schaffen Arbeitsplätze und ziehen Finanzmittel in das Land. Als sog. „weiche“ Standortfaktoren wirkt die Kultur nachhaltig für die wirtschaftliche Entwicklung von Thüringen. Unternehmen prüfen vor einer Neuansiedlung, ob die Rahmenbedingungen für ihr meist hoch qualifiziertes Personal am Standort vorhanden sind. Hier hat Thüringen aufgrund seiner kulturellen Schätze und Vielfalt eine starke Stellung.

Dem Freistaat ist es in den letzten Jahren gemeinsam mit den Kommunen gelungen, die richtigen Bedingungen zu schaffen, um das kulturelle Erbe zu bewahren und Thüringen zu einem überregional sichtbaren Ort für heutige Kultur und Kunst, für neue Ideen und aktuelle Debatten zu machen. Ganz wesentlich hat dazu der Kulturlastenausgleich beigetragen. Mit ihm unterstützen wir seit 2013 mit 9 Mio. Euro pro Jahr Kommunen und Landkreise mit herausragendem kulturellem Engagement und einem besonderen kulturellen Erbe. Die Landeszuweisung entlastet Kommunen

mit großem und überregional bedeutsamem kulturellen Erbe und trägt so zur Bestanderhaltung sowie zur Entwicklung neuer künstlerischer und kultureller Profile bei. Sie schafft damit einen Anreiz für ein weiterhin hohes Engagement.

Innere Sicherheit

Wichtig für ein zufriedenes Leben ist die Sicherheit.

Dazu gehört natürlich entscheidend die soziale Sicherheit. Das Wissen, bei Schicksalsschlägen, infolge von Krankheit oder Arbeitslosigkeit nicht in die Armutsfalle zu geraten. Keine Angst zu haben, nach einem erfüllten Arbeitsleben mit der Rente nicht über die Runden zu kommen.

Ich bin zu Beginn dieser Regierungserklärung auf diese Fragen eingegangen und habe definiert, was das Land tun kann und will - aber auch, wo der Bund in der Pflicht steht.

Zur Sicherheit gehört aber auch, keine Angst haben zu müssen, abends auf die Straße zu gehen oder öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen.

Ich höre in letzter Zeit immer die Aufforderung, man müsse sich ehrlich machen.

Ich bin sehr dafür. Ja, es gibt in Thüringen Kriminalität, Eigentumsdelikte und Gewaltverbrechen. In allen Bereichen der Gesellschaft. Und ja, auch unter den Menschen, die zu uns gekommen sind, sei es als Flüchtlinge oder Zuwanderer, sind Kriminelle.

Und damit das ganz klar ist: wer gegen Gesetze verstößt, muss sich verantworten und wird – falls schuldig gesprochen – auch bestraft. Ungeachtet seiner Nationalität. Vor dem Gesetz sind alle gleich, dieser Grundsatz gilt uneingeschränkt.

Aber wir sollten uns die Zeit nehmen, die Zahlen der Kriminalitätsstatistik nüchtern und vorurteilsfrei zu analysieren und der Versuchung widerstehen, sie für je eigene politische Zwecke zu instrumentalisieren. Weder in die eine noch in die andere Richtung.

Ich weiß, neben der realen Kriminalität gibt es auch eine gefühlte Unsicherheit. Sie findet oftmals in der „gemessenen“ Wirklichkeit keine Entsprechung, ist aber trotzdem da.

Es reicht nicht, es wäre sogar fatal falsch, dieses Bedrohungsgefühl mit Verweis auf die Statistik als unbegründet zurückzuweisen. Wer sich bedroht fühlt hat reale Angst und dagegen – und gegen die Ursachen dafür – müssen wir etwas tun.

Manchmal reichen vielleicht schon kleinere Maßnahmen, nicht teuer - aber wirksam. Bessere Beleuchtung von Straßen und Plätzen. Wir müssen schauen, was die Menschen besorgt. Zuhören, was ihnen ein sichereres Gefühl verschaffen würde und versuchen unbürokratisch Abhilfe zu schaffen. Manchmal reicht ein Ansprechpartner, dem man seine Sorgen und Ängste mitteilen kann, der sich kümmert.

Innere Sicherheit ist ein wichtiger, aber nicht der einzige Aspekt des Gesamtpaketes Sicherheit. Lassen sie uns gemeinsam und umfassend über dieses wichtige Thema nachdenken.

Menschen suchen Heimat

Ich habe zu Beginn auf die herausfordernden Ambivalenzen in den Lebenseinstellungen der Thüringerinnen und Thüringer hingewiesen, auf die uns der Thüringen-Monitor aufmerksam macht. Es wäre illusorisch zu glauben, wir könnten durch kluge Politik diese Ambivalenzen gänzlich positiv auflösen.

Wir werden voraussichtlich auch im nächsten Thüringen-Monitor mit der beklemmenden Erkenntnis konfrontiert sein, dass ein relevanter Prozentsatz der Befragten mit rechtsextremen Positionen liebäugelt, erbarmungslos ein hartes Vorgehen gegen Minderheiten – ausländische wie inländische – fordert und sich nach einem starken Anführer sehnt.

Und wir müssen uns leider eingestehen, dass wir einige Menschen mit unseren Argumenten und unserer Politik nicht mehr erreichen.

Aber es lohnt jede Anstrengung, um die anderen zu kämpfen, die in ihrem nachvollziehbaren Zorn über Zurücksetzung und Ungerechtigkeiten den Falschen hinterherlaufen, z.T. weil sie irregeleitet sind, z.T. weil unsere bisherigen Antworten darauf nicht überzeugend waren.

Ihnen müssen wir Angebote unterbreiten, mit ihnen ins Gespräch kommen.

Die Menschen schätzen die Freiheit und sie sehnen sich nach Sicherheit. Sie wollen eine Gesellschaft, in der Fleiß belohnt und Pech nicht bestraft wird. In der Arbeit gerecht entlohnt wird und das Alter einen sorgenfreien Ruhestand sichert. Eine Gesellschaft, die für Kinder gute Bildungsangebote bereithält, ihre Talente fördert und Benachteiligungen ausgleicht. Die sich Zeit für die Pflegebedürftigen nimmt und sich mit Armut nicht abfinden möchte.

Kurz: Gesellschaftliche Verhältnisse, in denen sich möglichst alle geborgen und heimisch fühlen und für sich und ihre Kinder eine gute Zukunft sehen.

Dafür arbeiten wir.

